



DJG-Niedersachsen- Infomail Februar 2024

Liebe DJG-Mitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 27.02.2024 werden erneut die Weichen für die Personalratsarbeit in der Niedersächsischen Justiz gestellt. Wer bei der Einführung der elektronischen Akte nicht allein gelassen werden will, wer eine wertschätzende Bezahlung will, wer sich Respekt und Anerkennung von seinen Vorgesetzten wünscht, muss starke Personalräte haben, die auch unter Druck von „Oben“ die Interessen der Beschäftigten durchboxen, die auch vor Nichteinigungsverfahren nicht zurückschrecken, die auch Überstunden und lange Fahrzeiten in Kauf nehmen um Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, die das nötige Fachwissen im Beamten- und Tarifbereich besitzen, die die Arbeit an der Basis kennen und dienstübergreifend Probleme lösen. Genau diese Fähigkeiten machen unsere Kandidaten für die Personalratswahlen aus.

Deshalb ist es so wichtig, dass ihr unsere Kandidaten unterstützt und unbedingt am 27.02. zur Wahl geht und DJG wählt, die einzige dienstübergreifende Fachgewerkschaft in der Justiz.

Die Kandidaten der DJG erhalten permanente Unterstützung durch die Gewerkschaft. Dienstherrnunabhängige Weiterbildung, persönlichen Dienstrechtsschutz, ein deutschlandweites Informationsnetzwerk und das alles konkret auf die Justiz zugeschnitten. Das ist, was unsere Kandidaten unterscheidet.

Zehn Minuten eurer Zeit für vier Jahre Interessenvertretung und Unterstützung!

Schnappt euch eure Kolleginnen und Kollegen, geht mit der Abteilung, mit der Kaffeerrunde zum Wahlbüro und unterstützt die DJG.

Alleine, jeder für sich, werden wir nicht gewinnen. Die DJG ist die starke Kraft im Justizdienst. Wir setzen uns für Euch ein – sowohl in Tarifverhandlungen als auch gegenüber dem Gesetzgeber. Nur starke Gewerkschaften können bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen, auch für Dich! Wir organisieren mehr als 1,3 Millionen Mitglieder im dbb – egal ob Anwältin oder Anwalt, ob Tarifbeschäftigte oder Tarifbeschäftigter, ob Beamtin oder Beamter, egal ob Rentnerin oder Rentner, Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger.

Arbeitnehmerrechte schützen – Interessen bündeln!

Mit eurer Arbeit bildet ihr das Rückgrat der Justiz. Gemeinsam stellt ihr sicher, dass sie funktioniert. Was allerdings nicht funktioniert, ist das Gehaltsgefüge in der Niedersächsischen Justiz. Streichen – kürzen – abbauen – verschlechtern – mehr fällt der Arbeitgeberseite nicht ein.

Jede Stimme für die DJG ist ein neues, sehr gutes Argument gegenüber den Arbeitgebern, unsere Forderungen nicht zu überhören. Ihr könnt es mitgestalten.

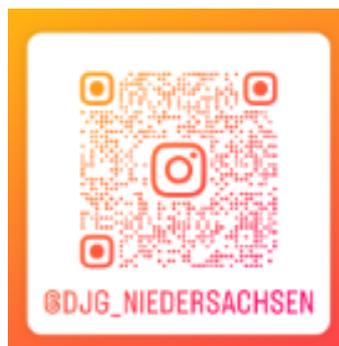
Die Örtlichen PersonalRäte und die JugendAuszubildendenVertretungen verdienen ebenso eure Stimme. Schenkt den Personen eures Vertrauens diese. Jeder muss mit seiner Stimme Verantwortung übernehmen, über das, was in der Dienststelle passiert. Die uneingeschränkte Handlungswut in Dienststellen ohne Personalrat, zeigt uns immer wieder, wie wichtig das ist.

Danke für eure Unterstützung

Bianca Korbanek

Torsten Lieberam

Vorsitzende DJG Landesgewerkschaft Niedersachsen



Inhalt:

- **Personalratswahlen 2024**
„Generationsübergreifend Zukunft gestalten, gemeinsam machen wir Justiz“, das Motto unseres Gewerkschaftstages ist auch hier Programm
- **Unsere Kandidaten zur Wahl des Hauptpersonalrates und der Bezirkspersonalräte**
- **Die elektronische Patientenakte kommt**
- **Übertragung der Tarifeinigung auf Beamte, Auszahlungszeitpunkt für Tarifbeschäftigte**
- **Unpassendes Gehaltsgefüge in der niedersächsischen Justiz**, ein Leserbrief dazu und die aktuell überarbeitete, gesamtheitliche Forderung der DJG dazu
- **Die pauschale Beihilfe, GKV vs. PKV, das Hamburger Modell**
Was sollte jeder bedenken
- **Aus nbb und dbb**
Gemischtes
- **Infos unseres Kooperationspartners**



<https://www.dbb-vorteilswelt.de/auto/>

DJG DJG DJG DJG DJG DJG DJG DJG DJG

Geht wählen,
wählt DJG!

DJG

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
LANDESGEWERKSCHAFT NIEDERSACHSEN EV.

Die E-Akte kommt, wer nicht allein gelassen werden will, muss DJG wählen!
Langfristige Anwenderbetreuung; Vor-Ort oder Online-Schulungen; Programme, die funktionalisieren und Zeit einsparen; integrierte Kostenprogramme; Entlastung während der Einführung

Andere Bewerber wollen viel, die DJG schafft Fakten!!!

Erledigt:

- ✓ 600 € Erstausrüstung, 300 € jährl. Dienstkleidungszuschuss für Wachtmeister
- ✓ Geänderte Eingruppierung für Tarifbeschäftigte mit bis zu fünfstelligen Nachzahlungen
- ✓ 3000 € Inflationsausgleich, Lohnerhöhungen in diesem und im nächsten Jahr für alle
- ✓ Erhöhte Familienzulagen
- ✓ Wiedereinführung und Erhöhung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld)
- ✓ Streichung der untersten Einkommensstufen
- ✓ Ausstattung aller Bediensteten mit Laptops, auch Anwarter

Und so geht's weiter:

- **Anpassung der Beamtenbesoldung** im mittleren und gehobenen Dienst, im Wachtmeisterbereich und bis in alle Bereiche der Justiz infolge des BAG-Urteils zur geänderten Eingruppierung im Tarifbereich, Abschaffung der Unteralimentierung + Nachzahlungen (Klage läuft)
- **Anpassung der Eingruppierung** auch von Nicht-„Serviceeinheiten“ (Verwaltung, EDV etc.)
- Weitere Erhöhung des Dienstkleidungszuschusses für Wachtmeister
- Anhebung Sonderzahlungen auf das Niveau vor der Abschaffung
- Vereinfachung von Arbeitsprozessen und Schaffung von mehr Stellen, damit endlich die chronische Überlastung der Beschäftigten aufgelöst wird
- Führungskräfte zu Wertschätzung und Transparenz verpflichtet



@DJG_NIEDERSACHSEN



Wir für mehr

Deutsche Justiz-Gewerkschaft
www.djg.de



ALLE INFORMATIONEN UNTER WWW.NBB.DBB.DE

Unsere Kandidaten für den Hauptpersonalrat

Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten

Beamte (Männer) DJG



1. Torsten Lieberam
Justizfachwirt / Amtsgericht Hannover /
Vorsitzender der DJG / Mitglied BPR /
Stellv. Vors. BPR OLG Celle



3. Christoph Wienroth
Justizfachwirt /
OLG Braunschweig /
Vors. des Bezirksvereins Braunschweig

5. Thomas Kratzberg
Rechtspfleger / Amtsgericht Hildesheim

7. Rhode Sven
Justizfachwirt / SA Lüneburg

9. Dirk Blüme
Justizsozialarbeiter / ASD Nordhorn

11. Jens Köhn
Justizfachwirt / Arbeitsgericht Oldenburg

13. Hans Dieter Wessels
Justizwachmeister / Amtsgericht Leer

15. Jan Friedrichs
Justizfachwirt / AG Hameln

17. Stefan Mund
Gerichtsvollzieher / Amtsgericht Braunschweig

19. Stephan Cobau
Justizfachwirt / Amtsgericht Achim

21. David Fränke
Justizfachwirt / Amtsgericht Soltau

23. Klaus Schönfelder
Justizfachwirt / Amtsgericht Braunschweig

25. Torsten Franke
Justizfachwirt / Amtsgericht Hannover

27. Christian Fitzlaff
Justizfachwirt / SA Braunschweig

29. Hartmut ten Brink
Justizfachwirt / Amtsgericht Meppen

31. Wolfgang Wester
Justizfachwirt / Amtsgericht Meppen

33. Maik Klaphecke
Justizwachmeister / Amtsgericht Osnabrück

35. Johannes-Thore Möhle
Justizwachmeister / AG Braunschweig



2. Tobias Munsch
Justizfachwirt /
Amtsgericht Meppen /
Vors. des Bezirksvereins Osnabrück



4. Rainer Preuß
Oberstaatsanwalt /
SA Lüneburg / Vors. d. DIAV /
Mitglied BPR GeS-SA Celle

6. Kamill Brycki
Justizwachmeister / Amtsgericht Hannover

8. Tim Achenbach
Rechtspfleger / Amtsgericht Leer

10. Ingo Mersmann
Justizfachwirt / Amtsgericht Osnabrück

12. Patrick Francosen
Justizfachwirt / Amtsgericht Uelzen

14. Kevin Bock
Rechtspfleger / SA Braunschweig

16. Kevin Löffler
Justizsozialarbeiter / ASD Braunschweig

18. Thomas Steinbrecher
Rechtspfleger / Amtsgericht Hannover

20. Tim Sommer
Justizfachwirt / Amtsgericht Oldenburg

22. Horst Janssen
Justizfachwirt / Amtsgericht Aurich

24. Lars Janke
Justizfachwirt / Amtsgericht Uelzen/ZEMA

26. Thomas Kiehl
Justizfachwirt / SA Hannover

28. Torn Dunker
Justizfachwirt / Amtsgericht Winsen

30. Günter Lausch
Justizfachwirt / Amtsgericht Hannover

32. Mario Völker
Justizfachwirt / Amtsgericht Braunschweig

34. Frank Wesche
Justizfachwirt / Amtsgericht Goslar

36. Oliver Hreljac
Sozialassistent / ASD Goslar

Beamte (Frauen) DJG



1. Bianca Korbnek
Rechtspflegerin / SA Braunschweig /
Vorsitzende der DJG / Mitglied BPR GerStB Braunschweig /
Fachbereich Frauen der Bundesgewerkschaft



3. Sandra Müller
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Hannover /
Mitglied BPR OLG Celle

5. Manuela Hassel
Justizfachwirtin / Amtsgericht Aurich

7. Pia Thöne
Justizfachwirtin / Landgericht Braunschweig

9. Nicole Hermes
Justizsozialarbeiterin / ASD Nordhorn

11. Katharina Schäfer
Justizfachwirtin / Amtsgericht Soltau

13. Daniela Wiegmann
Justizfachwirtin / Verwaltungsgeschäft Hannover

15. Asja Brunotte
Rechtspflegerin / SA Braunschweig

17. Katrin Franke
Justizfachwirtin / Amtsgericht Duderstadt

19. Kathrin Breier
Justizfachwirtin / Amtsgericht Helmstedt

21. Jana Geßler
Justizfachwirtin / Amtsgericht Hannover

23. Simone Duffy
Justizfachwirtin / Amtsgericht Braunschweig

25. Nicole Nauheimer
Justizfachwirtin / SA Hannover

27. Manuela Blümel
Justizwachmeisterin / Amtsgericht Braunschweig

29. Isabell Grünberg-Peters
Justizfachwirtin / AG Goslar

31. Carola Kalus
Justizfachwirtin / AG Salzgitter

33. Sabine Hüner
Justizfachwirtin / AG Wolfsburg

35. Charlotte Gels
Justizfachwirtin / AG Meppen

37. Saskia Möhring-Neueus
Justizfachwirtin / AG Nordhorn



2. Maiko Preuss
Justizfachwirtin / Amtsgericht Leer /
Mitglied BPR OLG Oldenburg /



4. Bettina Kratzberg
Rechtspflegerin /
Amtsgericht Hildesheim /
Mitglied BPR OLG Celle /

6. Lange, Taja-Aileen
Justizfachwirtin / Amtsgericht Oldenburg

8. Andrea Zisenis
Rechtspflegerin / Landgericht Hannover

10. Jana Heise
Justizfachwirtin / Amtsgericht Helmstedt

12. Hilko Ring
Justizfachwirtin / Amtsgericht Westerstede

14. Katharina Neubert
Justizfachwirtin / Amtsgericht Hannover

16. Laura Langen-Montag
Justizfachwirtin / Amtsgericht Hannover

18. Franziska Stiene
Justizfachwirtin / Amtsgericht Hannover

20. Daniela Noack
Justizfachwirtin / Amtsgericht Braunschweig

22. Janine Krallmann
Justizfachwirtin / Amtsgericht Meppen

24. Claudia Dirks-Fischer
Justizfachwirtin / AG Norden

26. Marlene Bolte
Justizfachwirtin / Amtsgericht Lingen

28. Anna Leonora Herbers
Justizfachwirtin / G Meppen

30. Nicole Stromberg
Justizfachwirtin / AG Bad Burg

32. Nicola Märkander
Justizfachwirtin / AG Nordhorn

34. Vivien Römer
Justizfachwirtin / AG Lingen

36. Sabrina Blome
Justizfachwirtin / AG Braunschweig

38. Monika Köhler
Justizfachwirtin / AG Braunschweig

Tarifbeschäftigte DJG + VNSB



1. Franziska Fandrich
Justizangestellte /
Verwaltungsgericht Hannover



3. Lena Bulla-Förstel
Justizangestellte /
ASD Uelzen

5. Marion Hamelmann
Justizangestellte / Amtsgericht Goslar

7. Meik Dersitzke
Justizangestellter im Justizvollzugsdienst /
JVA Wolfenbüttel

9. Hartmut Kappel
Justizangestellter im Justizvollzugsdienst /
JVA Seelze

11. Ingo Stadler
Justizangestellter / Amtsgericht Hannover

13. Andreas Hahn
Diplom-Sozialarbeiter / Stiftung Orferhilfe /
Büro Osnabrück

15. Marion Siegmeyer
Justizangestellte / ASD Hannover

17. Angela Damke
Justizangestellte / Amtsgericht Helmstedt

19. Katja Gerke
Justizangestellte / Amtsgericht Nienburg

21. Carola Dannenberg
Justizangestellte / Amtsgericht Hildesheim

23. Petra Nieding
Justizangestellte / Amtsgericht Gilhorn

25. Stefanie Koch
Justizangestellte / Amtsgericht Meppen



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesgewerkschaft Niedersachsen e.V.
www.djg-niedersachsen.de

Wir machen das!
...auf uns ist Verlass!

Unsere Kandidaten für den Bezirkspersonalrat OLG Celle

Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten

Beamte (Männer) DJG



1. Torsten Lieberam
Justizfachwirt /
Amtsgericht Hannover /
Vorsitzender DJG Niedersachsen /
Stellvertw. Vorsitzender BPR OLG Celle /
Mitglied im BPR /
Fachbereichsleiter mittlerer Dienst



3. Thomas Kratzberg
Rechtspfleger /
Amtsgericht Hildesheim /
Mitglied OPR AG Hildesheim /
Fachbereichsleiter Rechtspfleger

5. Patrick Francosen
Justizfachwirt /
Amtsgericht Uelzen /
Amtsgericht Uelzen

6. Thomas Steinbrecher
Rechtspfleger /
Amtsgericht Hannover

7. David Fränke
Rechtspflegerin /
Amtsgericht Soltau /
z.Z. VR Nord

8. Stephan Cobau
Justizfachwirt /
Amtsgericht Achim

9. Jan Friedrichs
Justizfachwirt /
Amtsgericht Hameln

10. Torsten Franke
Justizfachwirt /
Amtsgericht Hannover

11. Günther Lausch
Justizfachwirt /
Amtsgericht Hannover

12. Torn Dunker
Justizfachwirt /
Amtsgericht Winsen



2. Lars Janke
Justizfachwirt /
Amtsgericht Uelzen/ZEMA /
Mitglied OPR AG Uelzen /
Fachbereichsleiter SBV



4. Kamill Brycki
Justizwachmeister /
Amtsgericht Hannover /
Mitglied im OPR AG Hannover /
Fachbereichsleiter Wachmeister

Beamte (Frauen) DJG



1. Sandra Müller
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Hannover /
Geschäftsführung DJG Nds. /
Mitglied BPR OLG Celle /
Mitglied OPR AG Hannover



3. Andrea Zisenis
Rechtspflegerin /
Amtsgericht Hannover /
Mitglied OPR AG Hannover

5. Katharina Neubert
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Hannover

6. Katharina Schäfer
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Soltau

7. Laura Langen-Montag
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Hannover

8. Kathrin Baromburch
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Neustadt a. Rbg. /
Mitglied OPR Neustadt a. Rbg.

9. Franziska Stiene
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Hannover



2. Bettina Kratzberg
Rechtspflegerin /
Amtsgericht Hildesheim /
Mitglied BPR OLG Celle /
Vorsitzende OPR AG Hildesheim /
Fachbereichsleiterin Rechtspfleger



4. Julia Hasselhorst
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Neustadt a. Rbg. /
Mitglied OPR Neustadt a. Rbg.



1. Carola Dannenberg
Justizangestellte /
Amtsgericht Hannover /
Mitglied BPR OLG Celle /
Fachbereichsleiterin Tarif



3. Irina Schnar
Justizangestellte /
Amtsgericht Hannover /
Mitglied OPR AG Hannover



2. Petra Nieding
Justizangestellte /
Amtsgericht Gilhorn /
Mitglied BPR OLG Celle /
Mitglied OPR AG Gilhorn



4. Sandra Beneke
Justizangestellte /
Amtsgericht Hannover /
Jugendvertretung

5. Kerstin Winnacker
Justizangestellte im Wachdienst /
Landgericht Bückeburg

6. Simone Schneider
Justizangestellte /
Amtsgericht Hannover

7. Katja Gerke
Justizangestellte /
Amtsgericht Nienburg

8. Evelyn Hohmann
Justizangestellte /
Amtsgericht Hannover



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesgewerkschaft Niedersachsen e.V.
www.djg-niedersachsen.de

Generationsübergreifend Zukunft gestalten,
gemeinsam machen wir Justiz!

Unsere Kandidaten für den Bezirkspersonalrat GenStA Celle

Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten

Beamte **DJG**



1. Sven Rohde
Justizfachwirt /
Staatsanwaltschaft Lüneburg /
Vors. BPR GenStA Celle



2. Jan Suhl
Justizwachmeister /
Staatsanwaltschaft Stade /
Vors. BPR StA Stade



3. Volker Gerlach
Justizfachwirt /
Staatsanwaltschaft Hannover

Tarifbeschäftigte **DJG**



1. Kirsten Scholdt
Justizangestellte /
Staatsanwaltschaft Stade



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesgewerkschaft Niedersachsen e.V.

www.djg-niedersachsen.de

Nähe ist unsere Stärke!

...auf uns ist Verlass!

Unsere Kandidaten für den Bezirkspersonalrat OLG Oldenburg

Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten

Beamte (Männer) **DJG**



1. Tobias Munsch
Justizfachwirt /
Amtsgericht Meppen /
Vors. DJG-Betriebsverein Osnabrück



2. Tim Sommer
Justizfachwirt
Amtsgericht Oldenburg
Mitglied BPR OLG Oldenburg



3. Tim Achenbach
Rechtspfleger
Amtsgericht Leer



4. Dieter Wessels
Justizwachmeister
Amtsgericht Leer

5. Kristof Meinecke
Justizoberinspektor /
Oberlandesgericht Oldenburg

6. Marcel Müller
Justizfachwirt /
Oberlandesgericht Oldenburg

7. Thomas Kiehl
Justizfachwirt /
Amtsgericht Nordhorn

8. Horst Janssen
Justizfachwirt /
Amtsgericht Aurich

9. Hartmut ten Brink
Justizfachwirt /
Amtsgericht Meppen

10. Wolfgang Westler /
Justizfachwirt /
Amtsgericht Meppen

Beamte (Frauen) **DJG**



1. Maiko Preuss
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Leer /
Mitglied BPR OLG Oldenburg /
Mitglied des HFR



3. Janine Krallmann
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Meppen

5. Tazja-Aileen Lange
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Leer

6. Marlene Bolte
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Lingen

7. Anna Leonora Harbers
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Meppen

8. Nicole Stromborg
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Bad Iburg

9. Nicole Märklender
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Nordhorn

10. Karin Spott
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Leer

11. Charlotte Gels
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Meppen

12. Claudia Dirks-Fischer
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Norden

13. Vivian Rösner
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Lingen

14. Saskia Möhring-Neehus
Justizfachwirtin /
Amtsgericht Nordhorn

Tarifbeschäftigte **DJG**



1. Elvira Stromann
Justizangestellte /
Amtsgericht Osnabrück /
Mitglied BPR OLG Oldenburg



3. Carola Thörner
Justizangestellte /
Amtsgericht Osnabrück



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesgewerkschaft Niedersachsen e.V.

www.djg-niedersachsen.de

Wir machen das!
...auf uns ist Verlass!



2. Martina König
Justizangestellte /
Amtsgericht Leer



4. Anja Schröder
Justizangestellte /
Amtsgericht Meppen

5. Elisabeth Bösch
Justizangestellte /
Amtsgericht Westerstede

6. Catherina Mulder
Justizangestellte /
Amtsgericht Meppen

7. Elke Kosic
Justizangestellte /
Amtsgericht Emden

8. Stefanie Koch
Justizangestellte /
Amtsgericht Meppen

Unsere Kandidaten für den Bezirkspersonalrat GenStA Oldenburg

Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten

Beamte **DJG**

DJG

DJG



1. Jennifer Weckmann
Justizfachwartin /
Staatsanwaltschaft Oldenburg

2. Anke Kunert
Justizfachwartin /
Staatsanwaltschaft Aurich



3. Angela Nowack
Justizfachwartin /
Staatsanwaltschaft Aurich



4. Kristina Dirksen
Justizfachwartin /
Staatsanwaltschaft Aurich



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesgewerkschaft Niedersachsen e.V.

www.djg-niedersachsen.de

Nähe ist unsere Stärke!
...auf uns ist Verlass!

Unsere Kandidaten für den Bezirkspersonalrat OLG Braunschweig

Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten

Beamte (Männer) **DJG**

Beamte (Frauen) **DJG**

Tarifbeschäftigte **DJG**



1. Christoph Wienroth
Justizfachwartin /
Oberlandesgericht Braunschweig /
Mitglied OPR OLG BS /
Vorsitzender des Bezirksvereins Braunschweig



2. Frank Wesche
Justizfachwartin /
Amtsgericht Goslar /
Vorsitzender OPR AG GS /
Vorsitzender Fachbereich Menschen
mit Behinderung DJG



1. Simone Duffy
Justizfachwartin /
Amtsgericht Braunschweig /
3. stv. Vorsitzende OPR OLG BS /
1. stv. Vorsitzende OPR AG BS /
Mitglied Vorstand Bezirksverein Braunschweig



2. Pia Thöne
Justizfachwartin /
Landgericht Braunschweig /
Vorsitzende Fachbereich Frauen DJG /
Mitglied Vorstand Bezirksverein Braunschweig



1. Martina Bettermann
Justizangestellte /
Amtsgericht Braunschweig /
2. stv. Vorsitzende OPR AG BS



2. Marion Hamelmann
Justizangestellte /
Amtsgericht Goslar /
Mitglied OPR AG GS



3. Klaus Schönfelder
Justizfachwartin /
Amtsgericht Braunschweig



4. Mario Völker
Justizsozialarbeiter /
Amtsgericht Braunschweig



3. Carola Kalus
Justizfachwartin /
Amtsgericht Salzgitter /
Vorsitzende OPR AG SZ



4. Monika Köhler
Justizfachwartin /
Landgericht Braunschweig /
Vorsitzende OPR AG BS



3. Angela Damke
Justizangestellte /
Amtsgericht Helmstedt /
Vorsitzende OPR AG HE



4. Frauke Hildebrand
Justizangestellte /
Amtsgericht Goslar /
Mitglied OPR AG GS

5. Stefan Mund
Gerichtsvollzieher /
Amtsgericht Braunschweig

6. Marcel Saatzke
Justizfachwartin /
Amtsgericht Braunschweig

5. Isabell Gröneberg-Peters
Justizfachwartin /
Amtsgericht Goslar

6. Jana Heise
Justizfachwartin /
Amtsgericht Helmstedt /
Mitglied OPR OLG BS /
Mitglied OPR AG HE

7. Johannes-Thore Möhle
Justizwachmeister /
Amtsgericht Braunschweig

8. Oliver Hreljac
Justizsozialarbeiter /
ASD Goslar

7. Sabine Hübner
Justizfachwartin /
Amtsgericht Wolfsburg /

8. Tabaa Müller-Kranz
Justizfachwartin /
Amtsgericht Braunschweig

9. Kathrin Breier
Justizfachwartin /
Amtsgericht Helmstedt /
Mitglied OPR AG HE

11. Sabrina Blome
Justizfachwartin /
Amtsgericht Braunschweig /

9. Kathrin Breier
Justizfachwartin /
Landgericht Göttingen /
stv. Vorsitzende der DJG /
Mitglied Vorstand Bezirksverein Braunschweig

10. Alexandra Lux
Justizfachwartin /
Landgericht Göttingen /
stv. Vorsitzende der DJG /
Mitglied Vorstand Bezirksverein Braunschweig



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesgewerkschaft Niedersachsen e.V.

www.djg-niedersachsen.de

Wir machen das!
...auf uns ist Verlass!

Unsere Kandidaten für den Bezirkspersonalrat GenStA Braunschweig

Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten · Unsere Kandidaten

Beamte (Männer) **DJG**



1. Christian Fitzlaff

Justizfachwirt /

Staatsanwaltschaft Braunschweig /

Vorsitzender BPR GenStA Braunschweig /

Mitglied GPR StA BS /

2. stv. Vorsitzender des Bezirksvereins Braunschweig



2. Kevin Bock

Rechtspfleger /

Staatsanwaltschaft Braunschweig /

Mitglied Vorstand des Bezirksvereins Braunschweig



1. Bianca Korbaneck

Rechtspflegerin /

Staatsanwaltschaft Braunschweig /

Vorsitzende der DJG /

stv. Vorsitzende BPR GenStA Braunschweig -

Fachbereich Frauen der Bundesgewerkschaft /

1. stv. Vorsitzende des Bezirksvereins Braunschweig



2. Asja Brunotta

Rechtspflegerin /

Staatsanwaltschaft Braunschweig /

stv. Vorsitzende Die Junge DJG



1. Lisa-Marie Möllmann

Justizangestellte /

Staatsanwaltschaft Braunschweig



2. Ingrid Schmidt

Justizfachangestellte /

Staatsanwaltschaft Braunschweig



3. Christian Finke

Justizfachwirt /

Staatsanwaltschaft Braunschweig /

Vorsitzender GPR StA BS / Mitglied BPR GenStA BS



4. Uwe Tornow

Justizfachwirt /

Staatsanwaltschaft Braunschweig



3. Alina Lör

Justizfachwirtin /

Staatsanwaltschaft Braunschweig



4. Charline Wienecke

Justizfachwirtin /

Staatsanwaltschaft Göttingen



3. Kathrin Jung

Justizfachangestellte /

Staatsanwaltschaft Braunschweig

5. Thomas Vollrodt

Rechtspfleger /

Staatsanwaltschaft Göttingen /

Mitglied BPR GenStA BS

6. Dietmar Weis

Justizfachwirt /

Staatsanwaltschaft Braunschweig /

Mitglied BPR GenStA BS



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesgewerkschaft Niedersachsen e.V.

www.djg-niedersachsen.de

Wir machen das!

...auf uns ist Verlass!



DebeKa

anders als andere

www.debeka.de

Die elektronische Patientenakte kommt

Informationen für beihilfeberechtigte Beamte und Versorgungsempfänger zur elektronischen Patientenakte

Beamte und Versorgungsempfänger sollen ab dem Jahr 2025 Zugang zu der elektronischen Patientenakte erhalten. Dies wird über die jeweiligen privaten Krankenversicherungen organisiert.

Zum Hintergrund

Der Deutsche Bundestag hat mit dem Digital-Gesetz die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) beschlossen. Mit der ePA können bislang an verschiedenen Orten vorliegende Dokumente, z. B. Behandlungen, Therapien oder Befunde, zentral an einer Stelle digital zusammengeführt und für Behandlungen verfügbar gemacht werden. Die Nutzung der ePA ist freiwillig und ersetzt nicht die Dokumentation des Arztes in der Praxis oder im Krankenhaus. Als Kernelement des Digital-Gesetzes wird die ePA ab 2025 für alle gesetzlich Versicherten bereitgestellt. Sie soll den Austausch und die Nutzung von Gesundheitsdaten vorantreiben und die Versorgung gezielt unterstützen. In einem ersten Schritt erfolgt die Einführung eines digital unterstützten Medikationsprozesses. Wer die ePA nicht nutzen möchte, kann dem widersprechen ("Opt-Out").

Regelungen für Beamte und Versorgungsempfänger

Das Digital-Gesetz sieht vor, dass Unternehmen der privaten Krankenversicherung, der Postbeamtenkrankenkasse, der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten, der Bundespolizei und der Bundeswehr ihren Versicherten zum Zweck der Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit die Nutzung niedrigschwelliger digitaler Identitäten ermöglichen können. Auch können sie innerhalb der Telematikinfrastruktur ihren Versicherten eine elektronische Patientenakte anbieten. Diese muss dann ebenfalls die gesetzlichen Regelungen zur widerspruchsbasierten Akte ("Opt-Out") einhalten. Dadurch wird sichergestellt, dass innerhalb der Telematikinfrastruktur nur eine einheitliche elektronische Patientenakte existiert.

Dies bedeutet, dass die digitale Patientenakte von der PKV und nicht von den jeweiligen Beihilfestellen bereitgestellt wird. Hierzu werden die jeweiligen Versicherer bis Ende 2024 ihre Versicherten zum weiteren Vorgehen informieren. Mit dieser Information von der jeweiligen Krankenversicherung kann man dann an seine Krankenversicherung für einen möglichen Widerspruch gegen die ePA herantreten.

Mit beigefügter Information hat das Bundesverwaltungsamt darüber informiert, dass die Unternehmen der jeweiligen privaten Krankenversicherung für die ePA zuständig sind. Dies gilt neben dem Bund auch für die Länder gleichermaßen.

Über den weiteren Verlauf zur Umsetzung werden wir berichten.

US



dbb
vorteilswelt

E-Bike Abo
Powered by *GREENSTORM*

[E-Bikes im Abo. 6 -24 Monate. Portofrei & inkl. Versicherung \(greenstorm.eu\)](https://www.greenstorm.eu)

Zusage der Übertragung der Tarifeinigung auf Beamte, Auszahlungszeitpunkt für Tarifbeschäftigte

Übertragung der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst: Niedersachsens Beamtinnen und Beamte sollen 3000 Euro Sonderzahlung zum Ausgleich der Inflation erhalten

Die Niedersächsische Landesregierung hat einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, um den niedersächsischen Beamtinnen und Beamten Sonderzahlungen von insgesamt 3000 Euro zu gewähren. Diese sollen die Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise abmildern. Die Sonderzahlungen sollen auch Richterinnen und Richter sowie Referendarinnen und Referendare bekommen. Darüber hinaus sollen die Sonderzahlungen auch an die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger in Höhe ihres individuellen Versorgungssatzes gehen sowie an die Altersgeldempfängerinnen und -empfänger in Höhe ihres individuellen Anteilssatzes. „Wir wollen sehr zeitnah den ersten Teil der Tarifeinigung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf unsere Beamtinnen und Beamten übertragen, da auch diese von der hohen Inflation betroffen sind“, sagt der Niedersächsische Finanzminister Gerald Heere.

Bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder war am 9. Dezember 2023 eine Einigung erzielt worden. Danach erhalten

die Beschäftigten zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 1800 Euro und von Januar bis Oktober 2024 monatliche Sonderzahlungen von jeweils 120 Euro. Dieses Ergebnis soll mit dem Gesetzentwurf auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden.

Die Übertragung der ebenfalls in den Tarifverhandlungen vereinbarten Entgeltsteigerungen soll in einem gesonderten Gesetzgebungsverfahren geregelt werden. „Die Übertragung einer Entgeltsteigerung auf die Beamtenschaft ist wesentlich komplexer. Wenn wir die gesamte Tarifeinigung in einem einzigen Verfahren behandeln würden, müssten die Beamtinnen und Beamten um Einiges länger auf ihre Sonderzahlungen warten“, so Finanzminister Heere. „Deshalb haben wir uns im Interesse der Beamtinnen und Beamten für dieses stufenweise Verfahren entschieden.“

Sobald der Niedersächsische Landtag dem Gesetzentwurf zugestimmt hat, können die Auszahlungen in die Wege geleitet werden. Der Landeshaushalt 2024 wird dadurch insgesamt mit etwa 586 Millionen Euro belastet, die durch vorhandene Ansätze gedeckt sind.

Die Beamtinnen und Beamten im Land und in den Kommunen sollen vorbehaltlich der Landtagsentscheidung voraussichtlich mit der Besoldung für April 2024 eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsauszahlung einmalig in Höhe von 1.800 Euro erhalten. Außerdem sind für die Monate Januar bis Oktober 2024 monatliche Zahlungen in Höhe von 120 Euro vorgesehen, wobei die Beträge für Januar bis März in die Aprilzahlung einbezogen werden sollen.

Auszahlung für Tarifbeschäftigte

Die Kosten für die Sonderzahlungen an Tarifbeschäftigte belaufen sich 2024 auf rund 180 Millionen Euro. Auch hierfür hat die Landesregierung ausreichend Vorsorge getroffen. Das Niedersächsische Landesamt für Bezüge und Versorgung arbeitet an einer zeitnahen Auszahlung für die Tarifbeschäftigten. Voraussichtlich soll die erste Sonderzahlung zusammen mit den Februarbezügen erfolgen. Hierfür ist kein Beschluss des Landtages nötig.

Pressestelle MF



„Wir, die Beamten und Beamtinnen des mD A8 und A9, wurden vergessen!“ Leserbrief eines langjährigen DJG-Mitgliedes

Liebe Mitglieder,

der Unmut über die Gehaltsstruktur in der Justiz ist groß und verständlich. Eine Mail, wie ich sie fast täglich erhalte, möchte ich euch nicht vorenthalten.

Hallo Torsten,

im Schreiben vom 19.12.2023 vom OLG Celle steht:

Das MJ plant, das strukturelle Ungleichgewicht zwischen den angestellten sowie den beamteten Kräften in den Serviceeinheiten bei Gerichten und Staatsanwaltschaften durch eine Anhebung des zweiten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe 1 der Fachrichtung Justiz im allgemeinen Justizdienst nach Besoldungsgruppe 8 zu beseitigen.

Ist beim MJ auch das strukturelle Ungleichgewicht von Berufsanfängern mD (bald A 8) sowie EG 9a Angestellten zu den derzeitigen A8er und A9er mD bekannt, die alle höherwertigen Tätigkeiten ausführen und seit 30 – 40 Jahre im Dienst sind? Davon wurde in dem Schreiben des OLG nichts erwähnt. Der Unmut darüber ist sehr groß. Die Wertschätzung unserer geleisteten Arbeit ist derzeit gleich null.

Hat sich die Gewerkschaft mit dem strukturellen Ungleichgewicht, das den langjährigen Beschäftigten des mittleren Dienstes (A8er und A9er) in der Justiz derzeit widerfährt, beschäftigt? Welche Forderungen werden diesbezüglich seitens der Gewerkschaft gestellt?

Man hat den Eindruck, dass wir, die eine Laufbahnprüfung absolviert haben und über Jahrzehnte Fachwissen erworben haben, vergessen werden.

Mit freundlichen Grüßen

..., Justizamtsinspektorin

Und sie hat nicht ganz Unrecht mit ihren Gedanken. Man kann nicht die Hose am Gürtel ziehen und sich dann wundern, dass es im Schritt kneift. Unsere Tarifbeschäftigten haben zurecht ihre Eingruppierungsänderungen und Nachzahlungen erhalten. Sie wurden über Jahre mit Vorsatz unterbezahlt. Die DJG wies permanent darauf hin und forderte Abhilfe. Die DJG führte die Klagen dagegen, kein anderer!

Das Gehaltsgefüge ist am Ende ein genaues Zusammenspiel, wie ein Uhrwerk. Man muss Auswirkungen bedenken und diesen entgegenwirken oder ausgleichen.

Die Deutsche Justizgewerkschaft fordert seit der Bestätigung des BAG-Urteils zur geänderten Eingruppierung die Anpassung dieser Gehaltsstruktur. Das heißt man muss gesamtheitlich auf diese schauen und Veränderungen überall vornehmen. Was übernommen wurde, war lediglich die Hebung des Einstiegssamtes im mittleren Dienst. Unsere Idee war die gesamtheitliche Anpassung.

Diese Forderung wurde von uns auf der Klausurtagung im Januar erneut überarbeitet und angepasst und lautet wie folgt:

Anpassung der Beamtenbesoldung an die korrigierte Eingruppierung im Tarifbereich

Die DJG fordert die Anpassung der Beamtenbesoldung an die korrigierte Eingruppierung bei den Angestellten.

In den Verfahren 4 AZR 195/20 und 4 AZR 196/20 vor dem BAG wurde festgestellt, dass die Tätigkeiten in den Serviceeinheiten ganzheitlich höherwertig sind. Höherwertige Tätigkeiten bedeuten höhere Eingruppierung im Tarifbereich. Eine Umsetzung ist erfolgt.

Die Folge davon muss sein: Gleiches Geld für gleiche Arbeit.

Das heißt, dass ein verbeamteter Kollege für die gleiche Arbeit eine entsprechende Besoldung erhalten muss, denn beide führen identische, ganzheitlich höherwertige Tätigkeiten aus. Diese Diskrepanz führt zu einer enormen Unzufriedenheit und zu Abwanderung.

Der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ ließe sich durch die Anhebung des Eingangssamtes im ehemaligen mittleren Dienst (1.2.) auf A8 umsetzen.

Aufgrund der Anhebung des Eingangsamtes und dem Grundsatz des Abstandsgebotes ist das gesamte Besoldungsgefüge in der Justiz zu überarbeiten und anzupassen.

Eine Verbesserung der Nachwuchsgewinnung und der Mitarbeiterbindung sind weitere Argumente für eine Anhebung. Die Justiz als dritte Säule der Gewalt und Teil der Demokratie und die Vielfalt sowie der Umfang an höherwertigen Aufgaben sind ein Heraushebungsmerkmal zu anderen Bereichen.

In den letzten Jahren sind in großem Umfang Aufgaben von dem Richterdienst auf den Rechtspflegerdienst sowie von diesem auf den mittleren Dienst übertragen worden. Die Anhebung trägt dieser Übertragung verantwortungsvoller Aufgaben Rechnung.

Die DJG fordert deshalb:

- Anhebung des Eingangsamtes in der Laufbahn 1.1. (ehemaliger einfacher Dienst) nach A7 und die Hebung des Endamtes nach A9mZ. Die Zwischenstufen müssen jeweils mindestens um eine Stufe angehoben werden (A 7 -> A8, A8 -> A9 usw.).
- Anhebung des Eingangsamtes in der Laufbahn 1.2. ehemaliger mittlerer Dienst nach A8 und die Hebung des Endamtes nach A10mZ. Die Zwischenstufen müssen jeweils mindestens um eine Stufe angehoben werden (A8 -> A9, A9 -> A10, A9mZ -> A10mZ).
- Anhebung des Einstiegsamtes in der Laufbahn 2.1. (ehemaliger gehobener Dienst) nach A11 und die Hebung des Endamtes nach A14mZ. Die Zwischenstufen müssen jeweils um eine Stufe angehoben werden (A11 -> A12, A12 -> A13, A13mZ -> A14mZ).
- Anhebung des Einstiegsamtes in der Laufbahn der Gerichtsvollzieher nach A9 und die Hebung des Endamtes nach A10mZ. Die Zwischenstufen müssen jeweils um eine Stufe angehoben werden (A9 -> A10 usw.)
- Anhebung des Einstiegsamtes in der Laufbahn der Sozialarbeiter nach A10 und die Hebung des Endamtes nach A13mZ. Die Zwischenstufen müssen jeweils um eine Stufe angehoben werden (A9 -> A10 usw.)
- Als Folge muss auch für den Bereich der Amtsanwälte, der Richter und Staatsanwälte eine Stellenhebung erfolgen.

Eine dementsprechende Anpassung der Stellenobergrenzenverordnung muss die Folge sein.

Pauschale Beihilfe, Hamburger Modell

Anbei Infos zum Hamburger Modell und eine Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage eines DJG-Mitgliedes dazu. Danke Julia, dafür!

Sehr geehrte Frau ...,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage, ich muss Sie allerdings noch um ein wenig Geduld bitten. Ab dem 1. Februar wird das Niedersächsische Landesamt für Bezüge und Versorgung eine Service-Hotline zur pauschalen Beihilfe anbieten. Sie werden dann die Möglichkeit haben, sich Ihre Frage unter der Telefonnummer 04941 13 5000 beantworten zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Antje Tiede

Pressesprecherin des
Niedersächsischen Finanzministeriums

Auf der nächste Seite geht's weiter!



Die pauschale Beihilfe Das "Hamburger Modell"



- Ab sofort besteht für Beamtinnen und Beamte in Niedersachsen die Möglichkeit, anstatt der bisherigen individuellen Beihilfe die sogenannte pauschale Beihilfe in Anspruch zu nehmen.
- Die pauschale Beihilfe bietet die Möglichkeit einer Kombination aus Beihilfe und gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) oder Beihilfe und privater Krankheitskostenvollversicherung (PKV).



- Insbesondere neu einzustellende Anwärterinnen und Anwärter sowie neu einzustellende Referendarinnen und Referendare im Beamtenverhältnis erhalten die Möglichkeit, sich frei zwischen beiden Optionen zu entscheiden.
- Den bereits im Landesdienst befindlichen Beihilfeberechtigten wird eine **einmalige** Wechselmöglichkeit in die pauschale Beihilfe geboten.
- Hierbei ist zu beachten, dass ein Wechsel in die GKV grundsätzlich nur vor der Vollendung des 55. Lebensjahres möglich ist. Der Wechsel in den Basistarif der PKV ist altersunabhängig möglich.



- Für beschäftigte Kolleginnen und Kollegen mit Beeinträchtigungen oder Vorerkrankungen kann die jetzige Möglichkeit des Eintritts oder Wechsels in die pauschale Beihilfe eine finanzielle Entlastung bewirken.

Wir empfehlen nachdrücklich, vor einer Entscheidung über die jetzigen Möglichkeiten eine entsprechende Versicherungsberatung in Anspruch zu nehmen.



WAS LOHNT SICH FÜR MICH?

- Bei dem Wechsel in die pauschale Beihilfe wird höchstens die Hälfte des Beitrages an die GKV beziehungsweise des Basistarifes der PKV erstattet. Ferner handelt es sich lediglich um den Krankenkassenbeitrag, nicht aber um den Erhöhungsbetrag und den Beitrag zur Pflegeversicherung.
- Eine pauschale Aussage über die monetären Auswirkungen einer individuellen Entscheidung oder eines Wechsels ist nicht möglich.
- Ob sich ein Wechsel in die pauschale Beihilfe für den oder die jeweilige Betroffene finanziell lohnt, kann nur bei einer detaillierten Einzelbetrachtung festgestellt werden. Dabei spielen Parameter wie Familienstand, Höhe des Einkommens und weitere individuelle Merkmale eine Rolle.
- Der Wechsel in ein anderes Bundesland ohne eine vergleichbare pauschale Beihilfe dürfte mit finanziellen Nachteilen verbunden sein, da mit einer Rückkehr in die individuelle Beihilfe ein höheres PKV-Eintrittsalter verbunden ist.



ÄNDERN SICH DIE LEISTUNGEN?

- Eine pauschale Aussage über die tariflichen Leistungsmerkmale der verschiedenen Anbieter ist ebenfalls nicht möglich.
- Die PKV kann ein größeres Leistungsspektrum anbieten, was jedoch mit höheren Beitragskosten verbunden sein dürfte.
- Bei einem Wechsel in die pauschale Beihilfe (GKV oder Basistarif PKV) sind diesbezüglich individuelle Veränderungen des Leistungsspektrums (bspw. Arztwahl oder Terminvergabe) nicht auszuschließen.

www.bbbank.de/dbb

aus NBB und dbb ([Links zu aktuellen Beiträgen](#))

Demokratie

[Extremismus hat bei uns keinen Platz – Politik muss handeln](#)

Radikale und menschenfeindliche Positionen haben weder im Staatsdienst noch im dbb etwas zu suchen.

Niedersachsen

[Tarifergebnis wird 1:1 auf Besoldung und Versorgung übertragen](#)

Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion (NBB) begrüßt die Ergebnisse der Besoldungsgespräche am 12. Januar 2024 mit dem niedersächsischen Finanzminister Gerald Heere zur inhalts- und wirkungsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses.

dbb Monitor öffentlicher Dienst 2024

[Staatsdienst: Beschäftigte wollen digitaler arbeiten](#)

Immer mehr Aufgaben, immer weniger Personal: Damit der öffentliche Dienst trotzdem funktionieren kann, muss er schnell digitaler werden, fordert der dbb.



Beste Vorteile. Beste Marken. Beste Rabatte.

<https://www.dbb.de/mitgliedschaft-service/vorteilswelt.html>

<https://www.dbb.de/mitgliedschaft-service/vorsorgewerk.html>

Infos unseres Kooperationspartners

Liebe Mitglieder der DJG

wir haben unsere Vorteile für euch erweitert:

- **JETZT NEU: Baufinanzierung mit bestem BBBank-Zins**
- **JETZT NEU: 0,- Euro für Visa ClassicCard**
Schwarze VisaCard inkl. Versicherungsleistungen zum Sonderpreis von 29,90 Euro p. a.

Weiterhin gültig sind folgende Vorteile:

- **Das Girokonto der BBBank mit bis zu 200,- Euro Startprämie für dbb-Mitglieder und Eure Angehörigen**
- **Das junge Girokonto für alle unter 30 ohne Kontoführungsentgelt mit bis zu 200,- Euro Startprämie**
- **Online-Wunschkredit**
- **weltweit gebührenfrei Geld abheben mit der Visa DirectCard (Ausgabe einer Debitkarte)**

Alle Details sind auf unserer Homepage www.bbbank.de/dbb zu finden oder in den beigefügten pdf's am Ende der Mail.

Für Fragen stehe ich gerne zur Verfügung

Ich wünsche eine schöne Restwoche und ein schönes Wochenende



Antje Stets

Landesdirektorin Öffentlicher Sektor

Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein,
Hamburg, Niedersachsen, Bremen

Mobil: 0162 27 30 942

E-Mail: antje.stets@bbbank.de

www.bbbank.de/dbb





dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

BBBank-Kreditkarten¹ zu Sonderkonditionen.



- ✓ 0,- Euro für Visa ClassicCard¹
- ✓ Schwarze Kreditkarte (Visa) zum Sonderpreis von 29,90 Euro p. a.

Nur für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren
www.bbbank.de/dbb

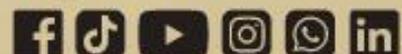
Antje Stets
Landesdirektorin - Gebiet Nord
E-Mail antje.stets@bbbank.de
Tel. 0162 273 09 42

Einfach hier bestellen:
www.bbbank.de/dbb



¹Ausgabe ab 18 Jahren möglich, bonitätsabhängig. Voraussetzungen ab der Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Girokonto, monatliches Kontoführungsentgelt 1 H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Voraussetzungen bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres: BBBank Junges Girokonto ohne monatliches Kontoführungsentgelt bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt 1 H. v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a. Ausgabe einer Kreditkarte

Folgen Sie uns

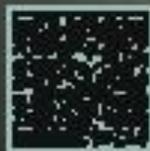


Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung.

Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle
Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und Ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb Mitglieder an
baufinanzierung@bbbank.de

¹ Die Lage der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss als personalisiertes, als werbespezifisch über die für die Bankerberatung und werbedidisches Kollateralsangebot eines Kreditinstituts erstellte Deutschland mit landestypischen Parametern (Zinsart-, variable, fixe, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Einmaligkeit und Sonderrückzahlungen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthält das als für die Bankerberatung, das ist der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenkontos oder Sicherheitsbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann die die Zinssatzvergabe abweichen. Dieses Angebot ist bis zum 31.03.2012 befristet.